

Auf der Suche nach Profil und neuem Zuspruch: Die CDU muss „integrative“ Volkspartei bleiben

**Eine werteorientierte, verlässliche Ordnungspolitik
ist gefordert.**

**Von Karl-Albert Eßer
Stellvertretender CDA-Landesvorsitzender**

Die Zeiten für die Volksparteien sind schwieriger geworden – nicht erst seit gestern. Sie hatten ihre Hoch-Zeiten, als es in den 60iger und 70iger Jahren noch ein stabiles Drei-Parteien-System gab - mit der damaligen FDP als Glückskind in der Mitte, die sich ihren Koalitionspartner aussuchen konnte. Doch diese Zeiten sind lange vorbei, und sie werden auch nicht wiederkommen. Die SPD hat durch das Entstehen und Erstarben der Grünen und durch die Etablierung der Partei „Die Linken“ nach der Agenda 2010 am meisten gelitten. Allein noch einmal die Dreißig-Prozent-Hürde bei einer Bundestagswahl zu überspringen, ist für sie ein hehres Ziel. Die Grünen haben durch die schrecklichen Ereignisse in Fukushima und die Kernenergie-Diskussion in unserem Land zwar erhebliche Zustimmung bei den Wählern erhalten, doch nach den zügigen und in der Sache richtigen Entscheidungen der Bundesregierung verlieren sie ihr Alleinstellungsmerkmal und werden ihr Zwischenhoch nicht halten können. Gleichwohl haben sich die Grünen längst ins bürgerliche Lager eingegraben. Hingegen bleibt die FDP auch nach dem Wechsel im Parteivorsitz in einem eher orientierungslosen Zustand mit der Frage ihrer Zukunftsfähigkeit.

Die CDU im Abwärtstrend

Doch auch an der CDU sind die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen nicht spurlos vorbeigegangen. Zwar hat sich keine demokratische Partei rechts von ihr gebildet, aber dennoch sind die Zeiten der satten 40-Prozent-Ergebnisse vorbei. Zur Erinnerung: Bei der Bundestagswahl 1994 hat die CDU zum letzten Mal die magische Hürde übersprungen, die sie als große Volkspartei ausgezeichnet hat. Seither regiert das Prinzip Hoffnung auf bessere Zeiten, sprich: auf eindrucksvolle Wahlergebnisse - zuerst in der Opposition – als politischer Gegenspieler der damals neuen rot-grünen Bundesregierung - und dann als Regierungspartei mit SPD und später der FDP.

Die Wahlergebnisse der CDU bei den letzten beiden Bundestagswahlen bewegten sich zwischen 33 und 36 Prozent – mit leicht abnehmender Prozentzahl. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Die alten Milieus der CDU – vor allem das katholische – haben sich ebenso aufgelöst wie die traditionellen Arbeitermilieus der SPD. Das deutsche Parteiensystem ist insgesamt vielfältiger geworden, was allen etablierten Parteien schadet. Es gibt noch den sogenannten Stammwähler, aber er bildet auch für die CDU nur noch eine Kernwählerschaft. Die zunehmende Zahl der Wechselwähler, die oft sehr kurzfristig eine Wahlentscheidung vornimmt, muss immer wieder durch eine in sich schlüssige Politik und ein qualifiziertes Personalangebot überzeugt werden.

Die CDU hat unter Helmut Kohl durch das Festhalten am Gedanken der Wiedervereinigung die Verwirklichung der Deutschen Einheit erst möglich gemacht. Sie hat damit eine historische Glanzleistung vollbracht. Zugleich verlor sie in der Folgezeit ihren Teilstatus als „antisozialistisches Bollwerk in einem geteilten Europa“. Die CDU hat zu Beginn des neuen Jahrtausends – als der Kapitalismus den Staatssozialismus besiegt hatte – zu sehr auf die Kräfte des Marktes gesetzt und die notwendige Balance bei der Sozialen Marktwirtschaft vernachlässigt.

Klare Orientierung

Spätestens seit der Finanzkrise, die viele Bürger bis auf den heutigen Tag orientierungslos macht und ihnen ein Gefühl der Ohnmacht vermittelt, sollte klar sein: Der eher wirtschaftsliberale Weg der CDU war nicht nur falsch. Er hat auch ihrer Identität als der Volkspartei, die mit ihrer Politik alle (!) Bevölkerungsschichten ansprechen will, nachhaltig geschadet. Muss sie also ihre Hoffnungen auf eine Gestaltungsmehrheit jenseits der 40-Prozent-Hürde begraben? Das muss sie (noch) nicht. Sie muss aber zukünftig eine Politik betreiben, die auf Werten beruht, die klare Orientierung gibt und Berechenbarkeit, Verlässlichkeit und Sicherheit erkennbar anstrebt. Nicht nur äußere und innere, sondern auch soziale Sicherheit ist gefragt.

Verlässliche Familienplanung

Wenn die CDU „Die Familienpartei“ sein will, dann ist es zwar wichtig, dass die Familien durch Kindergeld, Elterngeld, Kinderbetreuung und Ganztagschulen unterstützt werden. Entscheidend für die Familiengründung ist aber, dass die Menschen eine Lebensperspektive durch Erwerbsarbeit haben und ein Einkommen, das deutlich jenseits des Hartz IV-Satzes liegt. Solange Arbeitnehmer – oft ohne Berufsausbildung - keiner unbefristeten Erwerbsarbeit nachgehen können und ihnen im Falle der Arbeitslosigkeit immer wieder der Fall in Hartz IV droht, werden sie auch bei der Familiengründung zurückhaltend bleiben. Die CDU muss sich daher – neben einer Bildungspolitik, die für jeden eine qualifizierte Ausbildung zum Ziel hat – für eine gesetzliche Lohnuntergrenze ebenso aussprechen wie für unbefristete Arbeitsverträge als Regelbeschäftigung. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil einer verlässlichen Familienplanung.

Soziale Marktwirtschaft als internationale Ordnung

Wenn die CDU „Die Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ bleiben will, dann muss sie national wie international insbesondere auch die Ordnungsfunktion der Sozialen Marktwirtschaft betonen und einfordern. Dazu gehört auch die Besteuerung von Finanztransaktionen. Es kann nicht sein, dass auf die Zustimmung des letzten EU-Staates bei der Einführung einer solchen Steuer gewartet wird. Die andauernde Krise auf den internationalen Finanzmärkten zeigt, was passiert, wenn das freie Spiel der Kräfte regiert und Regierungen lediglich Schadensbegrenzung betreiben können.

Weiterentwicklung zu den Vereinigten Staaten von Europa

Wenn die CDU „Die Europapartei“ bleiben will, dann darf sie angesichts der Diskussionen um den Euro und der von der Politik nachlässig behandelten Verschuldungsproblematik in vielen europäischen Ländern die Idee Europas, die seit über 60 Jahren Frieden und Freiheit gebracht hat, nicht kleinmütig vertreten. Sie muss den Mut haben, nicht nur die aktuelle Euro-Krise erfolgreich zu meistern, sondern auch eine Weiterentwicklung der Europäischen Union zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ aufzuzeigen, eines Europas, das föderal strukturiert, demokratisch verfasst und sozial gefestigt ist, das weiterhin friedensstiftend ist und seiner Verantwortung als Global-Player gerecht wird. Wir brauchen mehr, nicht weniger Europa – gerade für die Arbeitnehmer.

Geordneter Arbeitsmarkt

Wenn die CDU „Die Partei der Arbeit“ sein will, dann darf sie sich zwar über den erheblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit freuen, sie muss aber zugleich allen Wildwüchsen auf dem Arbeitsmarkt entschieden Einhalt gebieten. Befristete Arbeitsplätze dürfen ebenso wenig die Regel werden wie Leiharbeit, weil sie für die Menschen keine verlässliche Perspektive bilden. Die Frage der Entlohnung bleibt in erster Linie eine Aufgabe der Tarifparteien. Sollten diese sich aber nicht verständigen, muss die Politik handeln. Wer arbeitet, muss in jedem Fall mehr haben, als derjenige, der nicht arbeitet. Und dies muss später auch bei der Rente gelten: Wer Jahrzehnte gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, muss deutlich mehr haben als ein Bezieher von Hartz IV.

Anspruch als „die“ integrative Volkspartei

Wenn die CDU „Die große, integrative Volkspartei“ bleiben will, muss sie die Lebenswirklichkeit vieler Bürgerinnen und Bürger stärker wahrnehmen und bei ihrer konkreten Politik berücksichtigen. Die Delegierten auf Bundesparteitagen und weitgehend auch auf Landesparteitagen, auf denen viele Richtungsbeschlüsse der CDU gefasst werden, spiegeln diese Lebenswirklichkeit aufgrund ihrer persönlichen Lebenssituation nicht ab. Nur wenn sie die Lebenswirklichkeit der Menschen erfasst und bei ihrer Politik berücksichtigt, wird sie ihre Integrationsfähigkeiten behalten. Eine Volkspartei wie die CDU trägt – mehr als alle anderen Parteien in Deutschland - die Verantwortung dafür, dass die Gesellschaft nicht weiter auseinanderdriftet. Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter auseinander gehen. Die Gesellschaft muss zusammenbleiben.

Werte orientierte, verlässliche Politik

Die CDU muss auf der Grundlage ihrer christlich geprägten Wertvorstellungen verlässliche Antworten auf die sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse und die sich verändernden konkreten Lebensbedingungen der Menschen geben und zugleich ein qualifiziertes Personalangebot unterbreiten.

Die Grundwerte-Trias „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ der CDU ist aktueller denn je: Nicht losgelöste Freiheit, sondern Freiheit zur Verantwortung. Gerechtigkeit vor allem auch als Chancengerechtigkeit in der Bildung, Solidarität gegenüber denjenigen, die Hilfe besonders benötigen, durch die solidarische Abdeckung der Lebensrisiken, zunehmend auch beim Risiko der Pflegebedürftigkeit.

Volkspartei braucht Diskussion

Gerade als Volkspartei mit ihren unterschiedlichen Strömungen muss die CDU eine diskutierende Partei sein und nicht nur eine Regierungspartei, deren Führungskräfte, die Bundeskanzlerin voran, die oftmals komplexen Entscheidungen lediglich noch zu begründen versucht. Dass die Komplexität der Sachverhalte eine breite, offene Diskussion erschwert, zeigt aber auch die andauernde Finanzkrise, die nicht lediglich eine Euro-Krise ist. Die Demokratie befindet sich daher in einem Grenzbereich. Umso mehr sind die Parteigliederungen der CDU gefordert, die parteiinterne – und externe Kommunikation zu fördern. Ansonsten wird die CDU von den Bürgern als leblose Partei wahrgenommen.

Die CDU muss den Selbständigen und Unternehmer ebenso ansprechen wie den Arbeitnehmer – als Ausdruck ihres Verständnisses von Sozialer Marktwirtschaft. Die CDU muss offen sein für neue Mitglieder, auch wenn sie nicht dem hiesigen Kulturkreis entstammen. Entscheidend ist, dass sie die demokratische Rechtsordnung unseres Landes anerkennen und die Grundwerte der CDU bejahen.

Offen für Koalitionen

Die Volkspartei CDU muss immer das Ziel haben, ihre programmatischen Vorstellungen als Regierungspartei zu verwirklichen. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass eine Koalition mit der SPD kein Teufelswerk und eine Koalition mit dem sogenannten Wunschpartner FDP wahrlich kein Erfolgsrezept ist. Die CDU muss daher offen sein für verschiedene Koalitionspartner.

Düsseldorf, 12.9.2011